



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) - 12. September 2022*

EU-Kommission kündigt neue Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise an

Am Mittwoch kündigte die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula Von der Leyen, in einer Erklärung fünf Sofortmaßnahmen an, die die EU zur Bewältigung der Energiekrise ergreifen wird. Die EU-Kommission wird eine Obergrenze für die Einnahmen von Unternehmen vorschlagen, die Strom zu niedrigen Kosten produzieren, sowie einen *"vorübergehenden Krisen-Solidaritätsbeitrag"* von Unternehmen, die fossile Brennstoffe herstellen. Obwohl die konkrete Ausgestaltung der letztgenannten Option noch nicht bekannt ist, könnte sie als "Windfall Tax" auf überschüssige Gewinne wirken und würde Berichten zufolge die Vorsteuergewinne aller Unternehmen im Öl-, Gas- und Kohlesektor als Grundlage verwenden, wobei darauf geachtet wird, eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. Die EU-Kommission wird auch ein verbindliches Ziel für die Senkung der Stromnachfrage, eine Obergrenze für den Preis von russischem Gas und eine Umverteilung der Supergewinne zugunsten der Haushalte vorschlagen. Die Kommission wird ihre Vorschläge voraussichtlich am Dienstag, den 13. September, formell vorlegen. Die EU-Energieminister erörterten die Optionen auf einer Dringlichkeitstagung des Rates "Energie" am Freitag.

EU-Finanzminister erörtern Harmonisierung direkter Steuern

Am Samstag erörterten die EU-Finanzminister auf einem informellen Ecofin-Treffen in Prag die Harmonisierung im Bereich der direkten Steuern. In einem vorbereitenden Dokument lud die tschechische EU-Ratspräsidentschaft die Minister zu einem Meinungsaustausch über mögliche Entwicklungen im Bereich der direkten Steuern in der EU ein, insbesondere darüber, ob sie die Harmonisierung als einzigen Weg nach vorne sehen oder ob ergänzende gesetzgeberische Arbeit durch Soft-Law-Maßnahmen ebenfalls ein interessanter Weg sein könnte. *"Als Vorsitzland haben wir eine Debatte darüber angestoßen, ob es bei einigen der EU-weiten Maßnahmen im Bereich der direkten Steuern nicht effektiver wäre, beispielsweise Empfehlungen auszusprechen oder bewährte Praktiken auszutauschen, anstatt pauschale Richtlinien einzuführen. Sie können im Allgemeinen weniger gut auf die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten eingehen. In solchen Situationen besteht die Gefahr, dass die Richtlinie nur geringe Vorteile bringt, die durch die Verwaltungskosten für die Unternehmer und den Staat wieder aufgewogen werden"*, erklärte der tschechische Finanzminister Zbyněk Stanjura in einer Presseerklärung.

EU-Kommission konsultiert Mitgliedstaaten, Säule II mit dem Mechanismus der „Verstärkten Zusammenarbeit“ umzusetzen

Berichten zufolge konsultiert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten, ob sie die Umsetzung der zweiten Säule des OECD-Abkommens (Mindestbesteuerung) durch eine verstärkte Zusammenarbeit unterstützen würden, um das Veto Ungarns zu umgehen. Am Freitag legten Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande und Spanien während eines informellen

Treffens der EU-Finanzminister in Prag eine gemeinsame Erklärung vor, in der sie diesen Mechanismus und generell eine rasche Umsetzung der zweiten Säule in der EU unterstützen. *"Sollte in den nächsten Wochen keine Einstimmigkeit erzielt werden, sind unsere Regierungen fest entschlossen, unserer Verpflichtung nachzukommen. Wir sind bereit, die globale effektive Mindestbesteuerung im Jahr 2023 und mit allen möglichen rechtlichen Mitteln umzusetzen"*. Eine weitere Option könnte eine koordinierte Umsetzung in nationales Recht sein. Deutschland hat sich vor kurzem verpflichtet, die globale Mindeststeuer einseitig einzuführen und nicht auf eine Einigung der EU27 zu warten. Doch am selben Tag kühlte der tschechische Finanzminister Zbyněk Stanjura diesen Vorstoß ab und sagte Berichten zufolge, es sei noch Zeit, eine Lösung zu finden, die eine einstimmige Einigung ermögliche.

EU-Kommission ebnet Weg für die Ukraine zur Teilnahme am Fiscalis-Programm

Am Montag hat die EU-Kommission ein Abkommen zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet, das den Weg für die Teilnahme der Ukraine am Fiscalis-Programm der EU ebnet. Fiscalis ist das Programm der EU für die Zusammenarbeit im Bereich der Besteuerung. Es ermöglicht den Steuerverwaltungen unter anderem, bei der Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung zusammenzuarbeiten. Das Programm erleichtert auch den Informationsaustausch und die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Behörden und trägt zur Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für die Steuerzahler bei. Die Unterzeichnung dieses Abkommens bedeutet, dass die Ukraine gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und anderen Teilnehmerländern an den Aktivitäten des Programms teilnehmen kann.

Pascal Saint-Amans, Direktor des Zentrums für Steuerpolitik, verlässt die OECD

Nach 15 Jahren bei der OECD hat Pascal Saint-Amans, der Direktor des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung der OECD, am Montag angekündigt, dass er Ende Oktober 2022 aus der Organisation ausscheiden wird. In einer am selben Tag veröffentlichten Erklärung dankte ihm der Generalsekretär der OECD, Mathias Cormann, für den *"enormen, historischen bedeutenden Beitrag, den er durch seine Arbeit bei der OECD zur Reform der internationalen Steuerpolitik und -verwaltung geleistet hat"*. Pascal Saint-Amans hat unter anderem 2012 das Projekt zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und -verlagerung (Base Erosion and Profit Shifting - BEPS) ins Leben gerufen und im vergangenen Jahr eine bahnbrechende Vereinbarung zwischen 137 Ländern und Rechtsordnungen über die Zwei-Säulen-Lösung für die steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaft vermittelt. In einem Interview sagte er, er sei überzeugt, dass das Steuerabkommen überleben werde, weil es bereits eine kritische Masse hinter sich habe. Die stellvertretende Direktorin des Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung, Grace Perez-Navarro, wird das Amt vom 1. November 2022 bis zum 31. März 2023 übernehmen. Sie wird von David Bradbury und Achim Pross als stellvertretende Direktoren unterstützt werden.

Neuer OECD-Bericht zur Steuermoral

Eine wirksame Besteuerung von Großunternehmen würde von verstärkten Bemühungen zur Vertrauensbildung und Verbesserung der Kommunikation zwischen Steuerverwaltungen und multinationalen Unternehmen (MNU) profitieren, so ein neuer Bericht der OECD, der am 5. September veröffentlicht wurde. Der Bericht zeigt, dass multinationale Unternehmen zwar im Allgemeinen eine formale Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit den Steuerverwaltungen zeigen, insbesondere durch pünktliche Zahlungen, dass aber die Wahrnehmung der Transparenz der multinationalen Unternehmen und das Vertrauen in die von ihnen bereitgestellten Informationen weniger positiv ist. Die Studie spiegelt auch die Wahrnehmung der Steuerverwaltungen in Bezug auf das Verhalten der großen vier Dienstleistungsnetzwerke

(Deloitte, EY, KPMG, PricewaterhouseCoopers) in Steuerangelegenheiten wider. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass *"die Bereitschaft, sich an den Wortlaut des Gesetzes zu halten und die formalen Vorschriften zu befolgen, ähnlich positiv wahrgenommen wird wie die Bereitschaft, sich an den Geist der Steuergesetze zu halten, jedoch weniger positiv"*.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über die europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)